



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

27.11.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche auf ihrer Klausur in Meseberg ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm für die kommenden Monate vorgelegt. Im Bereich Klimaschutz, Elektromobilität und Bürokratieabbau wurden konkrete und engagierte Ziele gesetzt, die zeigen, dass wir mit hoher Geschwindigkeit darangehen, die Probleme unseres Landes zu lösen.

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Bewältigung der demographischen Herausforderung. Wir alle wissen: Die Menschen in unserem Land werden glücklicherweise immer älter, während deutlich weniger Kinder geboren werden als vor dreißig Jahren. Im Jahr 2050 werden 80 Rentner auf 100 Beitragszahler kommen. Das zeigt: Wir stehen vor großen Aufgaben. Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Wir werden in den kommenden Jahren auf zahlreichen Politikfeldern die Weichen dafür stellen, den demographischen Wandel als Chance zu nutzen.

Mit den Beschlüssen von Meseberg hat die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Dazu gehört auch der zügige Ausbau einer schnellen Internetverbindung in den ländlichen Räumen. Gerade die demographische Veränderung verlangt von uns besondere Anstrengungen, um den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum zu erhalten.

Sachverständigenrat sieht Ende des Wirtschaftseinbruchs

Die wirtschaftliche Talfahrt aufgrund der internationalen Finanzmarktkrise ist nach Einschätzung der Wirtschaftsweisen zu einem Ende gekommen und es bestehen gute Chancen,

dass sich im nächsten Jahr bereits eine leichte Erholung anschließen wird. So prognostiziert der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten für das Jahr 2010 einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistungen von +1,6%.

Erfreulich ist auch, dass die zu Anfang des Jahres geäußerten Befürchtungen über einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen im nächsten Jahr wohl nicht Realität werden. Die Politik der Bundesregierung hat, wie der Sachverständigenrat feststellt, mit ihren Maßnahmen einen entscheidenden Anteil an dem Erfolg, die Auswirkungen der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik einzudämmen. Ohne das rasche und entschlossene Handeln der Bundesregierung wäre, so die Wirtschaftsweisen, alles noch viel schlimmer gekommen.

Wichtige Aufgaben verbleiben aber noch zu meistern, der Weg aus der Krise ist noch immer mit einer Reihe von Risiken behaftet. Das Problem einer möglichen Verknappung der Kreditversorgung könnte eine sich selbst tragende konjunkturelle Erholung gefährden und muss deshalb im Auge behalten werden. Die Reformen für eine stabile Finanzmarktarchitektur müssen zügig vorangetrieben und bestehende regulatorische Defizite beseitigt werden. Ebenso wichtig ist die konsequente Rückführung der Neuverschuldung nach der endgültigen Bewältigung dieser Krise. Diesen Aufgaben wird die Fraktion von CDU und CSU großes Augenmerk schenken in den nächsten Monaten und Jahren.

Lückenlose Aufklärung der Vorgänge am Kundus-Fluss in Afghanistan

Nach einer heutigen Sitzung des Verteidigungsausschusses im Bundestag hat Franz Josef Jung die politische Verantwortung für die



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

27.11.2009

Folgen der Informationspannen nach dem Luftangriff auf zwei entführte Tanker in Afghanistan übernommen und seinen Rücktritt mitgeteilt. Wie er erklärte, will er mit dem Schritt Schaden für die Bundeswehr abwenden und vor unberechtigten Angriffen in Schutz nehmen. Verteidigungsminister zu Guttenberg hat bereits gestern auf die Enthüllungen um den Luftsinsatz am Kundus-Fluss in Afghanistan am 4. September schnell und entschieden reagiert und die nötigen Konsequenzen gezogen. Für Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhan tut es mir persönlich sehr leid. Er hat sich für unser Land verdient gemacht und während seiner Dienstzeit viel bewegt. Sein menschliches Auftreten hat ihm dabei viel Beliebtheit und hohen Respekt eingebracht. Nun ist es entscheidend, dass das Parlament umfassend und erschöpfend über alle noch ausstehenden Details informiert wird. Eine lückenlose Aufklärung der Umstände, die im September zum Luftschlag bei Kundus geführt haben, ist jetzt unabdingbar.

Fortsetzung des Afghanistan-Einsatz

In dieser Woche haben wir im Bundestag über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO beraten. Das deutsche ISAF-Kontingent wird weiterhin maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen. Ein stabiles Afghanistan liegt im vitalen deutschen Interesse. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

Fortsetzung des UNIFIL-Einsatz

Auch die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) wurde diese Woche im Bundestag diskutiert. Die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mit der Mandatsverlängerung bis zum 30. Juni 2010 bringt Deutschland seinen Willen zum Ausdruck, auch im Libanon weiter zur Stabilisierung des Nahen Ostens wesentlich beizutragen. Im Lichte der bisherigen Erfolge und unter Berücksichtigung des dabei erreichten libanesischen Fähigkeitszuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Fortsetzung des OEF-Einsatz


Ebenfalls in dieser Woche war Thema im Bundestag die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Operation Enduring Freedom (OEF) bis zum 15. Dezember 2010. Das Mandat schließt NATO-Operationen im Rahmen von Operation Active Endeavour mit ein. Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen. Die Operation Enduring Freedom sowie die Einsätze der NATO im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour sind ein angemessener militärischer Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit der vorgesehenen Personalobergrenze von 700 Soldaten ist Deutschland weiterhin in der Lage, das erforderliche Fähigkeitsprofil für den Anti-Terror-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeerraum abzubilden.

Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

In erster Lesung haben wir im Plenum das 6. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch beraten, welches die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Jahr 2010 nach der gesetzlich verankerten Anpassungsformel festlegt. Die Anpassung folgt auf Basis der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Die Anpassungsformel wurde im Jahre 2006 nach umfassenden und detaillierten Verhandlungen mit den Ländern vereinbart, um weitere jährliche Verhandlungen zur Anpassung der Bundesbeteiligung zu vermeiden und die Höhe der Beteiligung auf eine eindeutige und belastbare Datenbasis zu stellen.

Herzliche Grüße

Ihr

**Termine (Auswahl):****Freitag, 27. November**

18:30 Uhr: Empfang des Jungblasorchesters, Volksbankmesse in Balingen

20:00 Uhr: CDU Kreisvorstandssitzung Sigmaringen, Restaurant Sonne in Vilsingen

30. November – 4. Dezember

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag